



## **67 Jahre ethnische Säuberung in Palästina 67 Jahre Siedlerkolonialismus – und kein Ende**

Jahr für Jahr erinnert das palästinensische Volk am 15. Mai an seine Vertreibung aus seiner Heimat – an einen wahrlich beispiellosen Akt der ethnischen Säuberung im 20. Jahrhundert.

Auf den Gräbern der Vertriebenen wurde der zionistische Staat Israel ausgerufen – ein Staat, der 1948 von der Weltgemeinschaft und insbesondere von Deutschland und Europa unter der Voraussetzung anerkannt wurde, dass neben ihm ein arabisch-palästinensischer Staat entsteht, dass alle Vertriebenen Palästinenser zurückkehren dürfen und für das Leid entschädigt werden. So sah und sieht es das internationale Recht vor, von dem wir täglich in den Medien und den Moralprediger in den Parlamenten lesen.

Das war vor genau 67 Jahren – aber weder das eine noch das andere ist bis heute realisiert und erfüllt worden. Im Gegenteil: Das Drama der ethnischen Säuberung und Einengung im historischen Palästina nimmt kein Ende. Und die Bundesregierung spricht nach wie vor von der Sicherheit Israels als Staatsräson. Ein Affront für jeden mündigen, aufrichtigen und menschenrechtsbewussten Bundesbürger.

Der zionistische Staat und seine Führer haben sich, wie der größte Teil der Weltgemeinschaft, darauf verlassen und gehofft, dass die Spuren der Zeit auch im Gedächtnis des palästinensischen Volkes die Erinnerungen verblassen lassen. Aber es ist ganz anders: Nach 67 Jahren muss die gesamte Welt der wahren, der aktuellen Realität ins Auge sehen. Und diese Realität zeigt, dass das Festhalten am Rückkehrrecht, das Festhalten an der Erinnerung, das Festhalten an der palästinensisch-arabischen Identität auch in der heutigen Generation keineswegs aus dem Gedächtnis getilgt wurden.

Die angebliche Oase der Demokratie im Nahen Osten – Israel - verabschiedet rassistische Gesetzgebungen, um die palästinensische Minderheit in Israel an der Erinnerung an die eigene Katastrophe zu hindern. Sie verweigert den über 300.000 palästinensischen Flüchtlingen, die in Israel selbst leben und israelische Staatsbürger sind, das Recht auf Rückkehr in ihre eigenen Dörfer, die zum großen Teil noch nicht bebaut sind. Und verweigert den Bewohnern von immerhin 40 palästinensischen Dörfern in dem Staatsgebiet Israel die Anerkennung als Gemeinde und entzieht ihnen damit jegliche Grundversorgung. Das Ziel ist weiterhin die Vertreibung dieser Menschen aus ihren Ländereien, in denen sie seit Jahrhunderten leben.

Diese „moderne“ ethnische Säuberung macht auch vor Ostjerusalem und der Negev nicht halt. Mit Entzug der Jerusalemer Identität für die palästinensischen Bewohner und mit dem Bau der Apartheidsmauer versucht der koloniale Staat, das Leben der Palästinenser immer weiter unerträglich zu gestalten. Und die Beduinen im Jordanbecken kämpfen bereits seit Jahrzehnten gegen Invasionen und Maßnahmen des zionistischen Staates Israel, sie aus ihren angestammten Gebieten zu entwurzeln.



Doch trotz alledem: Dem Staat Israel ist es auch nach 67 Jahren nicht gelungen, die Erinnerung an die Nakba, an das Verlangen nach Rückkehrrecht und Kompensation aus dem Gedächtnis des palästinensischen Volkes zu löschen.

Denn mit dem “key of return”, dem Schlüssel zur Rückkehr, haben die vertriebenen Palästinenser symbolisiert, auch heute und in Zukunft auf diesem Recht zu beharren. Die Versuche Israels, eine internationale Lobby für die Aberkennung des Rückkehrrechtes für die Kinder und Enkelkinder der Vertriebenen aufzubauen, werden mit Sicherheit durch das palästinensische Volk und die Unterstützer der Menschenrechte auf aller Welt, genau wie frühere Pläne zu torpedieren wissen.

The key of return ist inzwischen Beweis für die kollektive Erinnerungsidentität des palästinensischen Volkes. Der Schlüssel ist nicht nur ein Symbol des Festhaltens an dem Rückkehrrecht und nicht nur ein Eckpfeiler der palästinensischen Identität, sondern er ist der Beweis dafür, dass jegliches Gerede über Frieden, ohne dabei die Frage der palästinensischen Vertriebenen zu lösen, eine Floskel ist. Die palästinensische Flüchtlingsfrage ist und bleibt die Kernfrage für jede künftige Friedenslösung zwischen Israel und Palästina.

Es geht dabei kaum um technische Lösungsansätze – in erster Linie geht es um die historische Verantwortung für das, was das palästinensische Volk an Leid durch ethnische Säuberung und durch Siedlerkolonialismus durch den Zionismus seit nunmehr 67 Jahren erleiden musste und muss. Diese Verantwortung liegt eindeutig beim zionistischen Staat und bei den kolonialen Mächten, die das Land bis 1948 verwaltet haben.

Die Weltgemeinschaft und insbesondere Europa, die beide direkte Verantwortung für die ethnische Säuberung in Palästina tragen, und das das Programm des Siedlerkolonialismus forderten, haben nun die Verpflichtung, dieses Unrecht zu beenden. Maßnahmen zur Ansiedlung von palästinensischen Flüchtlingen in der EU und insbesondere in Deutschland sind kaum die richtigen Mittel, um das Unrecht auszugleichen. Diese Maßnahmen sind sogar ein Motor für die noch anhaltende Vertreibungspraxis des Staates Israel im historischen Palästina. Das palästinensische Volk sehnt sich nach Gerechtigkeit und Frieden, weniger nach Almosen und zweifelhaften Lösungsansätzen.

**JA** zu einem souveränen unabhängigen Palästinensischen Staat

**JA** zum Rückkehrrecht aller palästinensischen Vertriebenen und deren Nachkommen

**NEIN** zum zionistischen kolonialen Projekt

**NEIN** zur Besatzung und Unterdrückung

**JA** für die Menschen Rechte